

Rhönenergie Fulda mit Drohverlusten!

Woide und Bury sollen Verantwortung übernehmen!

Die LINKE.Offene Liste bleibt bei ihrer Forderung, wonach die führenden Entscheidungsträger der RhönEnergie Fulda die Verantwortung für die millionenschweren Fehlentscheidungen im Bereich der ehemaligen ÜWAG übernehmen sollen und ihre Positionen im Unternehmen räumen sollen.

(Auszüge unser Resolution im Kreistag)

„Der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende bzw. jetzige stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Herr Landrat Woide sowie der Geschäftsführer der jetzigen RhönEnergie GmbH, Herr Günter Bury haben mit den nun bekannt gewordenen Fehlentscheidungen gezeigt, dass sie nicht in der Lage sind, das kommunale Unternehmen RhönEnergie GmbH wirtschaftlich erfolgreich und im Sinne der Bürger und Bürgerinnen in Osthessen zu führen.

Statt sinnvollerweise Millionenbeträge in die Energiewende und den dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien zu investieren und somit eine Energieversorgung für die Zukunft aufzubauen haben die Verantwortlichen die Investitionen in Großkraftwerke auf fossiler Basis gelenkt und vorrangig Projekte außerhalb Osthessens forciert. Bereits als diese Finanzentscheidungen bei der ÜWAG getroffen wurden, muss allen Beteiligten klar gewesen, daß sie in Technologien von vorgestern investieren. Statt eine zukunfts- und bedarfsgerechte Einkaufspolitik zu leisten, die sowohl auf der Kostenseite als auch auf der ökologischen Seite der Verantwortung eines in kommunalem Besitz befindlichen Unternehmens gerecht wird, sind sie unverantwort-

Hintergrund:

Nach unserer Kenntnis hat die ehemalige ÜWAG sich an verschiedenen Kraftwerken außerhalb unserer Region mit Millionenbeträgen beteiligt. Sie hat Verträge mit Laufzeiten bis zum Jahr 2035 abgeschlossen.

Durch die in den letzten Jahren an der Börse gefallenen Strompreise erwiesen sich die abgeschlossenen Verträge als sehr nachteilig. Die eingegangenen Verpflichtungen können zu Millionenverlusten führen.

Wer in Anbetracht der Energiewende Millionen in Kohlekraftwerke investiert, hat etwas nicht verstanden. Bereits seit dem Jahr 2000 werden die erneuerbaren Energien gefördert. Sich bei diesen Rahmenbedingungen noch zu Verpflichtungen von 25 und mehr Jahren einzulassen, war ein schwerer Fehler. Andere Regionalversorger waren da weitsichtiger.

licherweise Verpflichtungen in Millionenhöhe gegenüber anderen Konzernen eingegangen, für die letztlich die osthessischen Bürger aufkommen müssen.

Die LINKE.Offene Liste erwartet in Anbetracht der ersten finanziellen Situation von einer kompetenten neuen Führung eine umfassende Offenlegung aller Fakten, die zur jetzigen Situation geführt haben sowie ein Konzept, wie sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens RhönEnergie GmbH stabilisieren lässt. Wir erwarten, dass die Beschäftigten der RhönEnergie Fulda nicht für die Fehler des Managements aufkommen müssen und die Themen Kündigungen und Lohn einbußen für die Mitarbeiter keinesfalls in Erwägung gezogen werden.“

Ein klares Konzept wie man aus der misslichen Situation herauskommen möchte, wurde dem Kreistag nicht vorgelegt. Einzig allein die Hoffnung auf neue gesetzliche Regelungen aus Berlin wurden als Ausweg aufgeführt. Das ist zu wenig.

Auch fragt man sich wie diese Regelungen aussehen sollten. Hofft man evtl. auf höhere Strompreise oder sollen Subventionen gezahlt werden. Auf jeden Fall deutet einiges darauf hin, dass man den Ausbau der erneuerbaren begrenzen möchte. Aber das allein wird der Rhönenergie nicht helfen.

Die LINKE.Offene Liste ist der Auffassung, dass die damaligen Entscheidungsträger sich der Verantwortung stellen sollten und Konsequenzen ziehen, wir brauchen einen Neuanfang mit einer unabhängigen sauberen Analyse und einem Konzept zur Lösung der Probleme.

Aus dem Inhalt:

Seite 2:

- **Energiewende - CDU ist gegen Alles**

Seite 3:

- **Sozialer Wohnungsbau abgelehnt**
- **Unterkunftskosten für Arbeitslose**

Seite 4:

- **Verbot von Unternehmensspenden**
- **Rüstungsindustrie-kassiert ab!**
- **Impressum**

Energiewende im Landkreis Fulda!

CDU im Kreis Fulda lehnt alles ab!

Überall im Landkreis gibt es Bürgerinitiativen gegen Windräder. Berechtigterweise haben die Bürgerinnen und Bürger Bedenken gegen den maßlosen Ausbau von Windrädern in ihrer Umgebung.

Insbesondere der völlig chaotische Planungsprozess zu den Standorten von Windrädern führt zu Ängsten und Bedenken.

Statt eine regionale Planung mit den Bürgern auf Kreisebene anzustreben, wird eine Regionalplanung beim Regierungspräsidium in Kassel gemacht.

Vorgaben der CDU geführten Bundes- und Landesregierung tun ein weiteres um den Zorn der Bürgerinnen und Bürger zu wecken. So sollen in Hessen die Windräder besonders hoch und überwiegend mit dem Fällen von Bäumen verbunden werden.

Auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Windrädern ist in vielen CDU geführten Gemeinden des Kreises völlig unklar.

CDU Politiker fordern statt Windrädern in unserer Region, den Ausbau von Windrädern in der Nord- und Ostsee. Dass dieser Ausbau den Strompreis extrem verteuert, interessiert sie nicht.

In Folge des Ausbaus der Windräder in Norddeutschland sollen nun teure Stromtrassen durch unsere Region geführt werden. Auch dagegen sprechen sich die CDU Politiker aus.

Auch hat unserer regionaler Energieversorger hat mit Billigung der hiesigen Kommunalpolitiker in Kraftwer-

ke (Wind und Kohle) in Norddeutschland außerhalb unserer Region investiert. Auch dieser Strom muss nach Süden geleitet werden.

Die Bürgermeister haben nun erheblichen Widerstand zu den Stromtrassenplänen angekündigt. Wir sind der Auffassung, dass man die Stromtrassen nicht benötigt.

Nach Meinung hochrangiger Wissenschaftler ist die geplante Trasse Sued-Link unnötig. Sie soll nicht nur alle Windspitzen gesichert abtransportieren, sondern zusätzlich parallel dazu Strom von einer Vielzahl von Kohlekraftwerken.

Das widerspricht der Idee der Energiewende. Bezahlen soll das der Verbraucher, ca. 20 Mrd., obwohl dies nichts mit der Energiewende, sondern mit dem gesicherten Absatz der Kohlkraftwerksbetreiber zu tun hat.

Zu allem nur „Nein“ sagen geht aber nicht. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus.

Dazu muss man bereit sein, Energie regional zu erzeugen und darf nicht alle Bemühungen für einen regionalen Ausbau ablehnen.

Unser regionales Energieunternehmen, die regionalen Energiegenossenschaften sollten mit Unterstützung der regionalen Politik ein Konzept für den Fuldaer Landkreis erarbeiten und umsetzen. Man hat bereits viel Zeit verstreichen lassen, es wird höchste Zeit selbst tätig zu werden.



**Miete und Energie:
Bezahlbar für alle.**

DIE LINKE.


www.100-Prozent-sozial.de

Millionäre zur Kasse.

Für die Krise sollen jene zahlen, die sie verursacht haben. Deshalb: Millionärs- und Börsenumsatzsteuer, kontrollierte Finanzmärkte und Banken.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

 Europäische LINKE

Landkreis lehnt Wohnungsbauförderung ab!

Einen Antrag auf Förderung von Sozialwohnungen hat der Kreistag abgelehnt.

Der Antrag der LINKEN.Offenen Liste wurde mehrheitlich abgelehnt. Für solch freiwillige Leistungen sehe man keinen Bedarf, so die CDU Vertreter.

Seit ca. 20 Jahren ist der Bau von Sozialwohnungen zu gering um den Bestand zu sichern, er sinkt jährlich um ca. 100 Wohneinheiten, da die Sozialbindung ausläuft.

Es fehlen insbesondere kleine Wohnungen für Einzelpersonen, Wohnungen mit über 4 Zimmern für große Familien und Wohnungen für Menschen

mit Behinderungen, wie wir vor ca. einem Jahr im Sozialausschuss des Fuldaer Landkreises von den hiesigen Wohlfahrtsverbänden ausführlich dargestellt bekommen haben.

Da viele Wohnungen nicht den heutigen energetischen Standards entsprechen, sind die Nebenkosten oft sehr hoch. Dies trifft die anspruchsberechtigte Bevölkerungsgruppe besonders, da sie nur über wenig Einkommen verfügt.

Besonders betroffen sind Hartz IV-Bezieher und Aufstocker, Menschen mit psychischen und anderen Problemen, Menschen mit Behinderung, ältere Bürger/innen in Grundsiche-

rung und große Familien, oft mit Migrationshintergrund.

Bei einem großen Teil dieser Personengruppe ist der Kreis über die Grundsicherung oder das Amt für Arbeit und Soziales zuständig für den Lebensunterhalt. Daher liegt das Thema in seinem Aufgabenbereich und Interesse.

Wohnen ist Menschenrecht und deshalb ist der Kreis verpflichtet gerade in den stadtnahen Gemeinden etwas zu tun, um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben in einer menschenwürdigen Wohnung zu einem angemessenen Preis wohnen zu können.

Unterkunftskosten werden nicht angepasst!

Der Landkreis zahlt für Arbeitssuchende in der Grundsicherung mit einem Einpersonenhaushalt lediglich 220.- Euro Kaltmiete.

Solche Wohnungen sind am Markt praktisch nicht verfügbar. Sicherlich gibt es diese, sie sind aber in der Regel bewohnt. Verschärft wird die Situation durch die steigenden Studierendenzahlen. Mittlerweile wird auch die Situation für 2- und 3- Personenhaushalte angespannter. Der Landkreis hat zwar durch eine Erhöhung der Angemessenheit von 1- und 2 Personenhaushalten reagiert, aber diese geringe Erhöhung reicht bei weitem nicht aus.

Die Erwerbsloseninitiative Fuldas e.V. unterstützt Betroffene bei der Wohnungssuche, muss aber immer wieder feststellen, dass es praktisch nicht möglich ist, angemessene Wohnungen

anzumieten.

Bei den Wohnungsunternehmen wird grundsätzlich eine Schufa-Auskunft verlangt, die dann auch häufig negativ ausfällt und somit eine Vermietung nicht in Frage kommt.

Der soziale Wohnungsbau ist zudem nicht auf Einzelhaushalte eingerichtet. Zumeist sind die Wohnungen zu groß. Mittlerweile gibt es eine 2-stellige Zahl von Klägern, die gegen die Angemessenheitsgrenzen des Landkreises vor Gericht gezogen sind. Ein Termin steht aber z. Zt. noch aus.

Wird die Angemessenheit einer Wohnung nur geringfügig überschritten, wird keine weitere Unterstützung wie Umzugsbeihilfe, Kautionsdarlehen oder Renovierungskosten gewährt. Auch bei geringfügiger

Überschreitung der Angemessenheitsgrenzen werden die kompletten Kosten nicht übernommen, obwohl § 22 SGB II eine Übernahme von geringfügig zu hohen Kosten vorsieht, wenn ein Umzug unwirtschaftlich wäre. Dies wird in anderen Kommunen, z.B. Main-Kinzig-Kreis anders gehandhabt.

Konsequenz: viele Bezieher/Innen von Leistungen müssen einen Teil ihrer Unterkunftskosten aus dem Regelsatz bestreiten und haben somit nicht einmal das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung.

Eine Anpassung wurde erneut von der CDU Kreistagsmehrheit und Landrat Woide abgelehnt.

DIE LINKE für Verbot von Unternehmensspenden!

Zu den vom Bundestag veröffentlichten Zahlen zu Spenden an politische Parteien, erklärt der Bundesschatzmeister der Partei DIE LINKE, Raju Sharma:

Heute hat der Bundestag die Zahlen zu den Spenden an politische Parteien vorgelegt - weit vorn die Union mit insgesamt 24,4 Millionen Euro (CDU 18,2 und CSU 6,2 Millionen), Schlusslicht zurecht und gewollt die Partei DIE LINKE mit 1,9 Millionen Euro an Spenden.

Unternehmen und Wirtschaftszweige nehmen auf direktem Weg durch Millionenspenden an Parteien Einfluss auf die Gesetzgebung. Die Versuchung den Wünschen der Spender gerecht zu werden ist groß - aus diesem Grund tritt DIE LINKE für ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien ein. Entsprechend dieser Forderung nehmen wir seit 2013 als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien nicht nur keine Großspenden, sondern überhaupt keine Spenden von Unternehmen, Banken oder Lobbyisten mehr an.

Umso mehr freut es uns daher, dass Wählerinnen und Wähler, Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN - gerade in Wahlkampfzeiten - unsere Arbeit mit privaten Spenden unterstützen.

Impressum:

DIE LINKE.Offene Liste

Bettina Licht
An der Röthe 16
36145 Hofbieber

kontakt@die-linke-fulda.de

www.linke-kreis-fulda.de

Ihre Abgeordneten im Fuldaer Kreistag:

Michael Wahl

Pia Hainer



Rüstungsindustrie greift Steuergelder ab!

Das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) versenkt schon seit Jahren gigantische Summen in Rüstungsprojekten.

Schwarz auf weiß liegen der Fraktion DIE LINKE einige dieser Zahlen nun als Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage vor, die von unserem Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu initiiert wurde.

Am Parlament vorbei 55 Millionen gezahlt!

Dazu Alexander Neu: "Der leichtsinnige Umgang mit Steuergeldern erreicht im Rüstungspolitischen Bereich eine skandalöse Größenordnung. Ministerin von der Leyen wird das BMVg vollständig vom Kopf auf die Füße stellen müssen, um nicht selbst über einen Rüstungsskandal ins Stolpern zu geraten. Im Verteidigungsministerium wird sie sich bei der Aufarbeitung der Rüstungsskandale nicht nur Freunde machen.

Ein erstes Bauernopfer wurde der von Thomas de Maizière hinterlassene beamtete Staatssekretär Stephane Beemelmans, der am vergangenen Mittwoch die Verantwortung dafür übernehmen musste, dass der Rüstungsindustrie am Parlament vorbei Ausgleichszahlungen in Höhe von 55 Millionen Euro für den Eurofighter zuflossen."

Das mittlerweile bekannteste Beispiel für die Kostenexplosionen im Bereich der Rüstungspolitik ist das Drohnenprojekt Euro Hawk, für das im vergangenen Jahr sogar ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden musste. Spitzenreiter unter den jetzt beim BMVg abgefragten Rüstungsvorhaben ist aber der Eurofighter. Die 1987 festgelegte Kostenobergrenze von 2,9 Milliarden Euro hatte sich schon bis 1997 mehr als vervierfacht: auf 11,8 Milliarden Euro. Die Beschaffungskosten für jeden einzelnen Eurofighter beliefen sich damit auf über 65 Millionen Euro.

Bis heute sind sie bereits auf 134 Millionen Euro pro Stück angestiegen, was bei 143 Flugzeugen über 19 Milliarden Euro ausmacht. Hinzu kommt: Die Industrie soll auch noch Ausgleichszahlungen von knapp einer Milliarde Euro erhalten, weil "nur" noch 143 statt der ursprünglich vorgesehenen 180 Kampfjets abgenommen werden sollen.